

Wolfgang Thierse

**Rede anlässlich der Gründung des Kulturforums Baden-Württemberg
Stuttgart, 4. April 2009**

**„Von der Enquete-Kommission
,Kultur in Deutschland' zur Kulturpolitik“**

1. Zum Ergebnis der Enquete-Kommission

Am 13. Dezember 2007 wurde der *Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“* dem Bundestag vorgelegt. Der Bericht, über 500 Seiten stark, in vierjähriger Arbeit erstellt, enthält annähernd 400 Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen. Nach über einem Jahr ist es Zeit Bilanz zu ziehen. Welche Empfehlungen haben wir bisher umgesetzt, was wurde erreicht?

Zu den wichtigen Ergebnissen der Enquete-Kommission zählt ja die umfassende Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur in Deutschland. Die Analyse der rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen macht deutlich, wie sehr Kulturpolitik in Deutschland mittlerweile eine nationale Aufgabe geworden ist, obwohl die Finanzierung der Kulturlandschaft mit zusammen knapp 90 % der öffentlichen Mittel für Kultur insbesondere durch die Länder und Kommunen geleistet wird. Der Anteil des Bundes steigt jedoch, auch im Haushalt 2009, kontinuierlich an, während vor allem die Kommunen ihren Anteil verringerten. Zentrale rechtliche Rahmenbedingungen wie das Urheberrecht oder die Künstlersozialversicherung fallen in die Bundeskompetenz. Ferner nehmen die internationalen Verpflichtungen im Kulturbereich zu. Sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen wird es immer wichtiger, dass die Interessen der Kultur aktiv auf Bundesebene vertreten werden. Der Enquete-Bericht unterstreicht, dass die *Etablierung des Staatsministers für Kultur und Medien* und die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für Kultur und Medien im Bundestag 1998 durch die Regierung von Gerhard Schröder eine der wichtigsten Weichenstellungen in der Kulturpolitik unseres Landes war.

Es gibt erste Erfolge bei der Umsetzung der Empfehlungen auf Bundes- und Landesebene, etwa in der *Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2009 zur öffentlichen Kulturförderung*. Den finanziell größten Betrag erhalten die Stätten des UNESCO-Welterbes. Die Enquete-Kommission hat auf den teilweise schlechten Zustand der Bauten und die begrenzten finanziellen Handlungsspielräume der Länder und Kommunen hingewiesen. Im Bundeshaushalt 2009 sind nun 50 Millionen Euro zur Förderung von Investitionen in Stätten des UNESCO-Welterbes vorgesehen.

Einen kleineren aber sehr wichtigen Haushaltsposten stellen die 60.000 Euro zur Evaluierung soziokultureller Zentren dar.

Zusätzliche Mittel in Höhe von einer Millionen Euro für 2009 erhält die Kulturstiftung des Bundes. Sie wird hieraus, wie von der Enquete gefordert, auch die Zuschüsse an den Übersetzerfonds erhöhen und Projekte der Soziokultur fördern. Die Kommission hatte bemängelt, dass der Übersetzerfonds im Vergleich zu den anderen Kulturfonds

finanziell deutlich schlechter gestellt ist. Für die Soziokultur haben wir uns als Sozialdemokraten besonders stark gemacht.

Die Enquete-Kommission hat sich auch intensiv mit der privaten Kulturförderung auseinandergesetzt, die private Geldspende beträgt bemerkenswerte ca. 200-500 Mio. Euro im Jahr. Wesentlich gewichtiger als die monetären Leistungen ist jedoch das bürgerschaftliche Engagement. Würde man das bürgerschaftliche Engagement durch bezahlte Arbeitskräfte ersetzen, würde das je nach Berechnung 9,6 bis 16 Mrd. Euro im Jahr kosten! So plädiert auch Oliver Scheytt mit seinem (von uns in Berlin jüngst vorgestellten) Standardwerk „Kulturstaat Deutschland“ zu recht für eine „aktivierende Kulturpolitik“. Um das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken, hatte die Enquete-Kommission empfohlen Haftungsrisiken für bürgerschaftlich Engagierte zu reduzieren. Mit dem Jahresteuergesetz 2009 wurden nun von der Kommission identifizierte Hindernisse abgebaut. Etwa wurde die steuerrechtliche Haftung im Vereinsrecht zu Gunsten bürgerschaftlich Engagierter geändert.

Auf der „Haben Seite“ bei der Umsetzung von Enquete-Empfehlungen stehen auch die Bundesaktivitäten im Bereich *Kultur- und Kreativwirtschaft*. Die Enquete-Kommission ist – wie übrigens auch das Kulturforum mit unserer von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz vorgelegten *Studie „Zukunft Kulturwirtschaft. Zwischen Künstlertum und Kreativwirtschaft“* – das Thema Kultur- und Kreativwirtschaft sachlich angegangen: Die Kulturwirtschaft ist zwar bedeutend, aber keineswegs grenzenlos wachsend. Durch die Computerisierung befindet sie sich auch in einem krisenhaften Umbruch, mit eher prekären Sozialverhältnissen, eng verbunden mit dem öffentlichen Kultursektor und dem Non-Profit-Bereich. Seit letztem Jahr ist die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung, die zahlreiche Branchengespräche führte, mit einigen Mio. Euro im Bundeshaushalt etatisiert. Die SPD setzt sich dafür ein, dass möglichst bald konkrete Kultur- und Kreativwirtschaftsprojekte durch den Bund gefördert werden.

Um nochmals unseren Grundsatz hervorzuheben: Kultur- und Kreativwirtschaft verbindet Kultur und Kreativität mit wirtschaftlichem Erfolg, schöpft Werte, schafft Arbeitsplätze und bietet Aufstiegschancen. *Jedoch darf der Markt nicht alles dominieren*, Kultur und Kunst müssen sich unabhängig von ökonomischer Verwertbarkeit entfalten können. Denn Kultur ist beides: Träger von Identität, Wert und Sinn und wirtschaftlicher Faktor; zwischen freier künstlerischer Entfaltung, öffentlichem Kultursektor und erwerbswirtschaftlichem Bereich gibt es fließende Übergänge und wechselseitige Abhängigkeiten.

Grundlegend für eine vitale und sich entwickelnde Kultur- und Kreativwirtschaft ist eben eine *flächendeckende kulturelle Infrastruktur*. Dort, wo mit öffentlicher Förderung ein umfangreiches und vielfältiges kulturelles Angebot existiert, entwickelt sich Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir wollen eben das Engagement fördernde Kulturpolitik des Staates, die die kulturelle Infrastruktur gezielt unterstützt und ausbaut und die die Förderung von Kultur als eine Pflichtaufgabe des Staates versteht, in gemeinsamer Verantwortung mit Zivilgesellschaft und Markt. Die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur garantiert den Zugang für alle und schafft die Grundlage künstlerischer, aber auch wirtschaftlicher Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit.

Erfreulich ist, dass sich auch die Länder ernsthaft mit den an sie gerichteten Handlungsempfehlungen befassen. Hervorzuheben sind z.B. Rheinland-Pfalz oder Berlin.

Die Debatte um die Zukunft der *öffentlichen Bibliotheken* sticht hervor. So hat Thüringen die Empfehlung der Kommission aufgegriffen und bundesweit das erste Bibliotheksgesetz verabschiedet. Noch fehlt der Erhalt der öffentlichen Bibliothek als kommunale Pflichtaufgabe im Gesetzestext ebenso wie verbindliche Bibliothekstandards. Dennoch ist es ein wichtiger Schritt und sollte insbesondere die SPD-regierten Länder anspornen, hier ein mutigeres Gesetz zu verabschieden.

Bei der *kulturellen Bildung, beim Staatsziel Kultur und bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation* der Künstler stellt sich der Koalitionspartner im Bund quer. Aus diesen Differenzen dürfte sich diesmal ein deutlicher Kulturwahlkampf entwickeln: Die Union steht für die Ablehnung des Staatsziels Kultur, lehnte jegliche Steigerung im Bereich der kulturellen Bildung ab. Denn wir Sozialdemokraten wollten z.B. analog zu „Jugend musiziert“ Bundeswettbewerbe anderer Sparten fördern und die Zahl der Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur, wie von der Enquete-Kommission gefordert, um ein Vielfaches erhöhen. Beim Thema „soziale Sicherung“ hatte sich die Enquete-Kommission intensiv gegen die Verschlechterung der *Rahmenfrist* gewandt (von 36 auf 24 Monate, Anspruch auf ALG I hat nur derjenige, der innerhalb von zwei Jahren, 12 Monate Beitragszeit vorweisen kann), die sich bei den Künstlern insbesondere bei Schauspielern besonderes negativ auswirkte, weil sie nur für die Drehtage und nicht für längere Zeiten engagiert sind. - Ergebnis ist jetzt nach vielen Beratungen unserer Kultur- und Sozialpolitiker der auf dem Tisch liegende Vorschlag des Arbeitsministeriums, die Arbeitslosenversicherung für jene Arbeitnehmer, besonders für Filmschauspieler und andere Künstler, zu verbessern, indem die nötige Vorversicherungszeit von 12 auf 6 Monate verkürzt wird. Trotz der in diesen Berufen typischerweise unterbrochenen Arbeitsverläufe können so genügend hohe Rentenansprüche erworben werden. Schauen wir mal, wie die Union sich jetzt verhält, ob das vor der Sommerpause noch beschlossen werden kann oder zum Wahlkampfthema wird.

Soweit ein paar Anmerkungen zur bisherigen Umsetzung von Enquete-Empfehlungen.

2. Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik

Neben dem Enquete-Bericht ist der zweite, nach wie vor inspirierende, Text, der mit Hilfe des Kulturforums 2007 auf dem Hamburger Parteitag verabschiedete Leittrag, der die Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik enthält. Insbesondere die drei Stichworte *Kultur der Anerkennung, öffentliches Gut* und *Kulturelle Bildung* markieren den Kern unseres kulturpolitischen Selbstverständnisses.

Erstens: Kultur der Anerkennung

Was in den 70er Jahren die Losungen sozialdemokratischer Kulturpolitik waren, nämlich „Kultur für alle“ und „Bürgerrecht Kultur“, kann man in heutiger Terminologie als *„kulturelle Teilhabegerechtigkeit“* übersetzen. Die Bilanz ist allerdings ernüchternd. Der Einbezug aller in das – anspruchsvolle - kulturelle Leben ist heute so weit entfernt wie eh und je. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebots, trotz erhöhter Kaufkraft, trotz ausgedehnter Freiheit und trotz höherer formaler Bildung nahm die kulturelle Partizipation in den letzten Jahrzehnten kaum zu. Die Wahlmöglichkeiten der potentiellen Kulturnutzer sind zwar stärker gestiegen und die kulturnahen Milieus nehmen die Angebote öfter wahr. Doch wer früher nicht ins klassische Konzert, in die Oper, ins Theater oder in Ausstellungen ging, der tut das

jetzt auch nicht. Das gestiegene Kulturinteresse beschränkt sich nach wie vor auf die fünf bis zehn Prozent der kulturellen „Vielnutzer“ und auf weitere 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung, die gelegentlich öffentliche Kultureinrichtungen in Anspruch nehmen. Die soziale Selektivität von Kultur hat sich seit 30 Jahren nicht verringert, offenbar hat sich die kulturelle Spaltung zwischen Nutzern und Nichtnutzern kultureller Einrichtungen bei einem 50:50-Verhältnis versteinert. Soziale und sozialpsychologische Barrieren gehören zu den Ursachen dafür.

Es geht um das neue *Migranten-Proletariat* sowie um eine bildungsferne, abgekoppelte oder prekär lebende deutsche "Unterschicht". Die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Gesellschaft haben unübersehbar eine zutiefst kulturelle Dimension. Diese kulturelle Exklusion verfestigt sich zur sozialen Exklusion. Sozialtransfers allein werden die Situation nicht verbessern, es kommt vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur an. Gerade kulturelle Bildung wird zu einer notwendigen, nicht mehr zu vernachlässigenden Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik.

Wir wissen, wie sehr kulturelle Vielfalt das Zusammenleben in einer Zuwanderungsgesellschaft wie der unsrigen bereichert. Das Bewusstsein um die eigene kulturelle Identität, die gegenseitige Neugier auf andere kulturelle Prägungen und ihre Anerkennung ermöglichen ein friedliches Zusammenleben. Wir wollen eine *Kultur der Anerkennung statt deutscher Leitkultur*. Die Förderung von Interkultur, der Kulturen von Migranten und interkultureller Bildung müssen selbstverständlicher Teil von öffentlicher Kulturförderung sein. Eine Kultur der Anerkennung nimmt den kulturellen Beitrag eines jeden Einzelnen für unsere Gesellschaft ernst und bietet ihm die Chance, diesen einzubringen.

Zweitens: Kultur als öffentliches Gut

Damit heben wir die Bedeutung von Kultur für die soziale Gemeinschaft und die Demokratie hervor und betonen die Verantwortung der Politik für ihre Verfügbarkeit. Öffentliche Güter müssen ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Dies schafft den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft. Der Reichtum an diesen kulturellen, sozialen, demokratischen Gütern macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Öffentliche Museen, Theater, Volkshochschulen, Musikschulen, Stadtbibliotheken, Orchester usw. sind Güter, an denen die Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Hinter diese uns vertraute kulturelle Grundversorgung darf es kein weiteres kulturpolitisches Zurück geben.

Deshalb gehört die *Verteidigung der öffentlichen Mittel für die Kultur* zum Kerngeschäft aller Kulturpolitik. Denn es hat sich in den letzten Jahren durchaus bemerkbar gemacht, dass die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Kultur - trotz Steigerungen beim Bund - insgesamt von 8,4 Mrd. Euro im Jahr 2001 auf 7,8 Mrd. Euro im Jahr 2005 zurückgingen. Während der Bund seine Kulturausgaben seit 2001 leicht steigerte, ging es bei Ländern und Kommunen im gleichen Zeitraum bergab! Das ist keine gute Entwicklung.

Denn: Immer mehr Privatisierung und Kommerzialisierung zerstören tendenziell öffentliche Räume und sind für die Entfaltung von Kunst und Kultur höchst problematisch. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Kunst hat heute eben weniger den vormundschaftlichen Staat zum Gegner, sondern viel mehr die Zwänge

des sogenannten freien Marktes. Wenn es noch weitere Argumente für die Kultur als öffentliches Gut bedurfte, so finden wir sie in den aktuellen Auswirkungen der Systemkrise der Finanzmärkte auf die Kultur.

Nicht nur ist eine Mehrheit der Bevölkerung immer noch bereit, über Steuern und Abgaben ihren finanziellen Beitrag zu leisten, um ihre Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten. Hinzu kommt das vielfältige *ehrenamtliche Engagement*. Privatisierung ist eben keine Alternative, bei der immer wieder angemahnten Neujustierung des Verhältnisses zwischen staatlicher bzw. kommunaler Politik, zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen ist Vorsicht geboten. Natürlich soll die aktivierende Kulturpolitik die Bürger einbeziehen. Aber auch bei PPP, bei „Public-private-partnership“, kommt es auf die Reihen- und Rangfolge an.

„Öffentliche Güter“ meint nicht Verstaatlichung, sondern gemeinschaftliche, eben politische Verantwortung für ihre Zugänglichkeit. Es geht immer auch um politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements.

Drittens: zentrale Bedeutung der Kulturellen Bildung

Die kulturelle Bildung fördert wie kaum ein anderer Lernbereich von klein auf die Persönlichkeitsentwicklung. Identitätsfindung, emotionale Stabilität, Selbstverwirklichung, Teamfähigkeit, Zuhören, Disziplin, Körpergefühl und überhaupt die schöpferischen Fähigkeiten im intellektuellen und emotionalen Bereich werden durch sie vermittelt. Doch die Realität ist niederschmetternd: Kein Fünftel der Grundschullehrer erhält mehr eine musikalische Ausbildung; an Grund- und Hauptschulen entfallen zwei Drittel des Musikunterrichts, an Gymnasien ist es ein Drittel. Von den 14-19jährigen hören nur noch etwa 5% gerne klassische Musik.

Kulturelle Bildung muss gesellschaftlich wie schulisch deutlich aufgewertet werden! Kunst, Literatur, Musik, Tanz und darstellendes Spiel müssen selbstverständlich werden und die gleiche Anerkennung erfahren wie naturwissenschaftliche Fächer. Curricula müssen auch künstlerisch-bildnerische, musikalische, dramatische und Theaterwerke umfassen, auch weil die musisch-kulturelle Bildung die entscheidende Voraussetzung für Nachwuchsbildung ist, auf der Publikumsseite wie unter den Kunstschaffenden.

Es sind ja die Künste, von der Musik über die Literatur bis zur Malerei, der Raum des Emotionalen, des Sinnlichen, des Symbolischen, in dem in freierer Weise das Eigene, die eigene Identität ausgebildet und erfahren werden kann, und zugleich das Fremde, das Andere akzeptiert, anerkannt, integriert werden kann. Kulturelle Bildung, musische Erziehung wollen den Zugang zu diesem Raum ermöglichen, zu dieser wesentlichen, sozialen und individuellen menschlichen Dimension gleichermaßen. Das geht nicht ohne musische Selbstbetätigung, ohne Entfaltung eigener Kreativität, die Kinder als Begabung schon haben und die sie unter Anleitung entwickeln sollen. Und das geht nicht ohne kulturelles Wissen. Damit bin ich bei einem speziellen Punkt, der besonders umstritten ist. Wenn ich von kulturellem Wissen rede, muss ich unweigerlich ein sehr konservativ erscheinendes Wort in den Mund nehmen: Es geht nicht ohne *kulturellen Kanon*, also ohne eine Verständigung über das Minimum dessen, was die Mitglieder einer Gesellschaft an gemeinsamem kulturellem Wissen, an Beständen kulturellen Gedächtnisses haben müssen. Ein kultureller Kanon ist nicht

etwas starr Fixiertes und ein- für allemal Gültiges, aber er muss etwas Fassbares sein, ein gemeinsames Wissen als Basis kultureller Verständigung.

3. Zu unserem kulturpolitischen Programm zur Bundestagswahl

Wir sind gerade dabei, die zentralen *kultur- und medienpolitischen Kernaussagen für das Bundestagswahlprogramm 2009* zu formulieren. Wir haben mit Frank-Walter Steinmeier ja einen Kanzlerkandidaten, dem – nicht nur als Außenminister, der für die Auswärtige Kulturpolitik zuständig ist – Kunst und Kultur besonders am Herzen liegen. Wer mehr über sein persönliches Verhältnis zur Kultur und zur Kulturpolitik erfahren will, dem sei ein Blick in sein gerade erschienenes Buch „Mein Deutschland. Wofür ich stehe“ empfohlen.

Darüber hinaus erarbeiten wir gerade einen etwas *längeren kulturpolitischen Programmtext*, den wir in Form einer Broschüre über das Kulturforum anbieten werden, damit auch bei allen Infotischen und Veranstaltungen des Wahlkampfes die Kulturpolitik nicht zu kurz kommt.

Natürlich ist Ausgangspunkt unseres Handelns der *Eigenwert* und besondere Stellenwert der Künstlerinnen und Künstler sowie der eigenständige Beitrag des Kulturellen zur Entwicklung der Persönlichkeit und Zukunft der Gesellschaft. Kultur ist die elementare Basis von Demokratie, ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Kultur ist die Grundlage von Dialog und internationaler Verständigung. Die SPD wird auch in Zukunft den Dialog mit und den Rat von Künstlerinnen und Künstlern suchen, die Freiheit der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber den Kulturschaffenden hohen Stellenwert einräumen.

Unser *offener Kulturbegriff* beschränkt sich nicht nur auf die Künste und ihre Förderung. Für Sozialdemokraten hat Kultur gerade als Werte- und Zielverständigung in einer Welt beschleunigter Umbrüche zentrale Bedeutung. Denn Kultur und Kunst prägen als geistige Lebensgrundlagen des Menschen das Individuum und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kunst und Kultur übernehmen die für unsere Gesellschaft wichtige Aufgabe, uns den Spiegel vorzuhalten, Lebensstile zu reflektieren, Identitätsangebote zu formulieren und Orientierungen bereitzustellen, die in der globaler werdenden Welt eine Verortung in Raum, Form und Zeit ermöglichen.

Als die *fünf wichtigsten programmatischen Punkte* der Bundeskulturpolitik lassen sich identifizieren:

I. Soziale Lage

Nicht zuletzt geht es um die Künstler selbst, bei denen prominente Spitzenverdiener – wie Daniel Barenboim, Anne-Sophie Mutter, Daniel Kehlmann, Gerhard Richter oder Neo Rauch - nicht den Blick verstellen sollten darauf, dass der Durchschnittsverdienst von Künstlerinnen und Künstlern bei ca. 11.000 Euro brutto im Jahr (und nicht im Monat!) liegt. Kaum ein freischaffender Künstler verdient regelmäßig, deshalb sind Künstlersozialversicherung, Urhebervertragsrecht, neue Antworten auf Individualisierung, Flexibilisierung und erzwungenes Selbstunternehmertum so wichtig.

Kultur- und Medienschaffende, Künstler und Kreative brauchen sichere soziale Verhältnisse, um kreativ arbeiten zu können. Viele Kultur- und Medienschaffende sowie Kultur- und Geisteswissenschaftler haben mit prekären Arbeits- und Lebensverhält-

nissen zu kämpfen. Soloselbstständigkeit, Unständigkeit und Unsicherheit nehmen zu, die soziale Absicherung während der Erwerbstätigkeit und im Alter nehmen ab. Oft entsteht diese Selbstständigkeit auch unfreiwillig. Das *sozialdemokratische Konzept der Arbeits- oder auch Beschäftigungsversicherung* antwortet auf die oftmals prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse gerade in diesen künstlerisch-intellektuellen Milieus. Es will die mit diesen Entwicklungen verbundenen Risiken mindern und die bestehenden sozialen Sicherungssysteme anpassen. Erwerbstätige sollen umfassend versichert sein, damit die vielfältigen Formen von Erwerbsarbeit im Falle von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Rentenansprüchen abgesichert sind. Wir wollen die *Künstlersozialversicherung* erhalten, stärken und weiterentwickeln, damit sich selbstständige Kultur- und Medienschaffende auch zukünftig grundlegend sozial absichern können. Zukünftig wollen wir die Förderung des Bundes im Kultur- und Medienbereich an die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialen Mindeststandards knüpfen.

II. Staatsziel Kultur und Bundeskulturministerium

Deutschland ist eine Kulturnation. Der Gesamtstaat ist verpflichtet, kulturelle Infrastruktur zu gewährleisten und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und dem Markt Kultur zu schützen und zu fördern: Wir wollen *Kultur als Staatsziel* im Grundgesetz verankern und ein Bundesministerium für Kultur und Medien schaffen, um die Rahmenbedingungen für Kunst, Kultur und Medien auf Bundesebene umfassend zu gestalten. Deutschland ist als Gesamtstaat verpflichtet, Kultur zu schützen und zu fördern. In der Verfassung drückt sich die Wert- und Sinnordnung unserer Gesellschaft aus, Kultur gehört dazu. Kultur ist für uns geistige Lebensgrundlage und ein öffentliches Gut.

III. Öffentliche Kulturförderung

Davon war ja bereits die Rede, im Kern heißt es: Die Förderung von Kunst und Kultur ist *keine Subvention, sie ist Investition in die Zukunft*. Wir wollen die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur erhalten und nachhaltig stärken, damit möglichst viele daran teilhaben können.

IV. Urheberrecht

Wir wollen, dass Kultur- und Medienschaffende, Künstler und Kreative von ihrer Arbeit leben können. Der Wert des Kreativen ist ein Wert an sich, den wir deutlicher hervorheben, aber auch bewahren müssen. Es kommt darauf an, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten. Nicht alles kann kostenlos sein! Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein *angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums* ermöglichen. Die Zukunft der Digitalisierung stellt uns vor neue Herausforderungen beim Schutz immaterieller Produkte und Güter. Kultur- und Medienschaffende, Künstler und Kreative sollen von ihrer Arbeit leben können. Das Urheberrecht ermöglicht ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums und muss auch in der digitalen Welt durchgesetzt werden. Wir wollen, dass die Urheber zu ihrem Recht kommen. Manche meinen sogar, man solle prüfen, ob der Gegensatz zwischen denen, die die totale Netzfreiheit propagieren und denen, die urheberrechtliche Regelungen mit (zugespißt formuliert) einem autoritären Staat brutalstmöglich durchsetzen wollen, nicht durch einen *dritten Weg* aufgelöst werden kann, was etwa im Sinne von VG Wort und VG Bild auf eine Art Umlage und Flatrate hinauslaufen würde.

V. Kulturelle Bildung

Um es nochmals zu unterstreichen: Jeder Mensch soll Zugang zu Kultur haben, denn kulturelle und mediale Spaltung führt zu sozialer Spaltung. Kultur und Bildung ermöglichen Teilhabe, Selbstverwirklichung und persönliche Entfaltung. Kulturelle Bildung trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei und prägt die Nutzer und kreativen Schaffenden der Kultur von Morgen. Deshalb sollen kulturelle Bildungsangebote bereits vom frühen Kindes- bis ins hohe Alter unterbreitet und kulturelle Kompetenzen gefördert werden. Öffentliche Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen wie auch Museen müssen als Orte der kulturellen Bildung stärker genutzt, gefördert und als pflichtige Aufgabe des Staates abgesichert werden. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden. Gerade durch die Ganztagschule wird ganzheitliche Bildung möglich, in der musische, künstlerische und wertebezogene Bildung, sowie körperliche Erziehung gestärkt werden. Kultur und Bildung eröffnen Chancen, sich selbst zu verwirklichen und an unserer Gesellschaft verantwortlich teilzuhaben.

Wir wollen, dass kulturelle Bildung keine freiwillige Leistung ist, sondern *als Pflichtaufgabe* verankert wird.

Soweit eine erste *tour de raison* als Einstieg in unsere Debatte über sozialdemokratische Kulturpolitik.
